

POSTULAT von Thomas Maier (GLP, Dübendorf), Gerhard Fischer (EVP, Bäretswil) und Stefan Dollenmeier (EDU, Rüti)

betreffend Eckwerte im SIL-Verfahren

Der Regierungsrat wird eingeladen, im Rahmen der nun stattfindenden SIL- Koordinationsgespräche und in den weiteren Gesprächen und Verhandlungen zum SIL aktiv zu werden. Der Regierungsrat soll dabei direkt durch seine Vertretung und indirekt via Wahrnehmung der gesetzlichen Weisung und allfälliger Wahrnehmung der gesetzlichen Sperrminorität im Verwaltungsrat Unique folgende Parameter in den SIL-Prozess einbringen:

Die Eckwerte des SIL sind so festzulegen, dass

- zukünftige Betriebsreglemente sich eng an den Betrieb vor dem Jahre 2000 anlehnen (Var. A);
- zukünftige Betriebsreglemente sich grundsätzlich an max. 320'000 Flugbewegungen anlehnen;
- zukünftige Betriebsreglemente grundsätzlich auf neue An- und Abflugrouten insbesondere Südanflüge, zusätzliche Ostanflüge oder neue Südstarts verzichten,
- der gekröpfte Nordanflug nur als Ersatz für gemäss DVO nicht mehr zugelassene Anflüge eingesetzt werden kann;
- der Betrieb eines Parallelpistensystems ausgeschlossen wird und auch keine entsprechende Raumsicherung vorgenommen werden kann;
- eine Abgrenzungskurve ES II möglichst keine neuen Gebiete v.a. mit dichter Besiedelung betrifft und möglichst viele bisherigen Gebiete mit dichter Besiedelung entlasten kann;
- Reduktionen an der Quelle (leisere Triebwerke, technisch optimierte Anflugmöglichkeiten, Auslagerung von lauten Flugzeugen usw.) schrittweise zu einer Reduktion des Perimeters der Abgrenzungskurve ES II führen;
- dieser keine Auslagerung von Teilen wie z.B. die Business Aviation auf andere, nahe gelegene Flugplätze zulässt.

110/2008

Thomas Maier
Gerhard Fischer
Stefan Dollenmeier

Begründung:

Der SIL-Prozess tritt zunehmend in die heisse Phase. Nach den letzten Monaten mit wenig Information, werden nun mit einigem Fach- und Hintergrundwissen langsam aber sicher die wahren Hintergründe in diesem Prozess offensichtlich.

Noch liegen nicht alle Fakten auf dem Tisch. Diejenigen Dinge die aber bereits auf den ersten Blick klar sind, die lassen alle Alarmglocken in höchstem Masse läuten.

Offiziell betont der Regierungsrat immer wieder, dass möglichst wenige Menschen mit Fluglärm belästigt werden sollen. Ausserdem hielt die Regierung mehrfach in offiziellen Beschlüssen fest, dass sie die Option eines Parallelpistensystems ablehnt. Weiter will sie die Nordausrichtung und sagt damit der Bevölkerung im Osten und Süden indirekt den Verzicht auf die provisorischen Süd- und zusätzlichen Ostanflüge zu und propagiert den gekröpften Nordanflug. So weit so gut, aber wie sieht es nun im SIL-Prozess aus? Obwohl die überwiegende Mehrheit der Gemeinden und Organisationen für Betriebsvarianten möglichst angelehnt an das bis zum 2000 gültige Betriebsreglement votiert und Änderungen nur zu Gunsten

der Bevölkerung annehmen würde, basieren die optimierten Varianten alle primär auf einer Optimierung der Kapazitäten des Flughafens und führen alle zu einer Mehrbelastung der Bevölkerung. Die optimierten Varianten zementieren die per Notrecht eingeführten zusätzlichen Ostanflüge und die «illegalen» Südanflüge und scheinen diese sogar in einer Ausweitung zuzulassen. Zudem werden neu noch Südstarts ins Spiel gebracht.

Zum Überfluss wird eine optimierte Variante P mit Parallelpistensystem präsentiert und in umfangreichen Dokumenten geprüft, welche in Zukunft der Unique eine dokumentierte Kapazitätserhöhung für 450'000 Bewegungen ermöglichen wird. Die entscheidende Linie, die sog. ES II Lärmabgrenzungslinie der kombinierten Varianten E opt., J opt. und P opt. lässt nur einen Schluss zu: Im Hintergrund wird mittels SIL-Verfahren die ursprüngliche Variante Grün eines «Sackbahnhof»-Parallelpistensystems zu einem vollwertigen Parallelpistensystem inkl. Südstarts vorbereitet.

Die Regierung muss jetzt handeln, im SIL-Prozess ihre Verantwortung wahrnehmen und Regierungsrätin Rita Fuhrer eng begleiten:

So ist Regierungsrätin Rita Fuhrer im SIL-Prozess als Volkswirtschaftsdirektorin die Verantwortliche seitens des Kantons und müsste dort auch die Interessen der Bevölkerung, damit der Gemeinden und der Umwelt vertreten. Zudem ist Regierungsrätin Rita Fuhrer auch als Verwaltungsrätin (in Vertretung des Kantons) im Unique-VR die Hauptverantwortliche, welche in Fragen betreffend solch massiver Lärmauswirkungen sowohl mit Weisungen beauftragt werden kann als auch mittels Beschluss die Sperrminorität im VR ausüben kann.

Nun sind aber gerade die Zürcher Regierung (Verantwortlich: Regierungsrätin Rita Fuhrer) und die Unique (Verantwortlich seitens Kanton Zürich auch wieder Regierungsrätin Rita Fuhrer) wesentliche Träger des SIL - Zitat aus dem Bericht des BAZL: «Der SIL-Prozess steht unter Leitung des Bundesamtes für Zivilluftfahrt (BAZL); der Kanton Zürich und Unique (Flughafen Zürich AG) sind als Projektpartner beteiligt. Die Kantone Aargau und Schaffhausen sowie weitere Bundesstellen werden anlässlich von Koordinationsgesprächen konsultiert und über abgeschlossene Prozessschritte orientiert. Informationen erfolgen auch an die übrigen Nachbarkantone und gegenüber Deutschland.» Also schwarz auf weiss ist die zentrale Rolle der Zürcher Regierung und der Unique definiert.

So trägt die Zürcher Regierung direkt und indirekt die Hauptverantwortung für die allfällige Festsetzung eines SIL mit einer umhüllenden Abgrenzungslinie ES II, welche zusätzliche Ostanflüge, Südanflüge, Südstarts, Pistenveränderungen und die Option einer Parallelpiste zulässt. Und es ist dies nicht primär das BAZL, das UVEK oder Bundesrat Moritz Leuenberger, wie dies gewisse Leute immer wieder zu verschleiern versuchen. Denn das UVEK, bzw. das BAZL werden sicherlich keine Beschlüsse ohne die aktive oder zumindest passive Zustimmung der Vertretung der Zürcher Regierung bzw. der Unique (und damit der Zürcher Vertretung im VR) vornehmen.

Nachdem die Gemeinden und Organisationen nochmals ihre klare Haltung gegen die Vorschläge im Rahmen des SIL präsentiert haben und sowohl die optimierten Varianten als auch die Sicherung einer Parallelpiste ablehnen, erwarten die Postulanten vom Regierungsrat ultimativ, dass er die Interessen der Zürcher Bevölkerung und die Abstimmungsergebnisse umsetzt und erstens Regierungsrätin Rita Fuhrer im SIL-Prozess eng begleitet sowie sehr eng mandatiert und zweitens dass er der Staatsvertretung im Verwaltungsrat die gesetzlich erforderlichen Weisungen erteilt.

So können die vermuteten Absichten im SIL noch gestoppt werden und dem Flughafen die Grenzen gesetzt werden, welche in der Bevölkerung und in den Gemeinden mehrheitsfähig sind.

Begründung der Dringlichkeit:

Die Regierung entscheidet Anfang April, welche Haltung sie z.H. des BAZL definitiv einnimmt, nachdem die Gemeinden in den vergangenen Wochen ihre Haltung dargelegt haben. Die Zeit drängt, der Regierung einen klaren Auftrag im Sinne des Postulates zu geben.